

Solidarität mit Israel – Gemeinsam gegen Antisemitismus

von Gerhard Wegner



⇒ Prof. Dr. Gerhard Wegner ist ist Niedersächsischer Landesbeauftragter gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens und war zuvor Gründungsdirektor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

Foto: © privat

Warum die Situation in Israel / Palästina schon immer eine besondere Herausforderung für die deutsche Politik darstellte muss nicht eigens begründet werden. Seit der Shoa existiert eine unbestrittene besondere Beziehung, die eine grundsätzliche Solidarität mit Israel begründet und deswegen ein Engagement Deutschlands auf verschiedenen Ebenen legitimiert. Der 7. Oktober 2023 stellt all dies auf eine Bewährungsprobe. Wie stellt sich die politische Situation aktuell dar? Welche Handlungsanforderungen und -optionen ergeben sich? Darum soll es im Folgenden gehen. Ein Fazit sei vorweggenommen: Die Solidarität mit Israel ist sozusagen eine „von oben“. Ein breites Solidaritätsgefühl in der Bevölkerung, wie mit der Ukraine, existiert nicht.

Zeitenwende 7. Oktober 2023

Wenn schon der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine seit Februar 2022 eine Zeitenwende herbeigeführt hat, so nun noch einmal umso deutlicher der 7. Oktober 2023. Denn mit dem alles an Brutalität überbietenden Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israelis und Israelinnen ist eine Form von Gewalt wieder begründet worden, von der mancher glaubte, sie wäre endgültig gebannt: Die des Pogroms an Jüdinnen und Juden. Wie auch schon früher richtet sich dieser Gewaltakt nicht auf das Erreichen begrenzter Ziele, sondern auf die Tötung von Jüdinnen und

Juden überhaupt. Nicht darum, eine irgendwie geartete Verständigung über ein besseres friedliches Zusammenleben von Juden und Palästinensern in Palästina zu erreichen, ging es – sondern um das Abschichten des Gegners und damit letztlich um eine Art neuer Shoa. „From the River to the Sea“ bedeutet nichts anderes als die Vernichtung Israels und seiner Menschen. Im Vergleich dazu ist Putins Angriffsziel geradezu zurückhaltend: ihm geht es „nur“ um die Annexion der Ukraine, nicht um einen Genozid. Die Verwerflichkeit dieses Angriffs Russlands ist damit nicht geringer. Aber der Kontext des Angriffs der Hamas reicht weiter. Bedroht sind deswegen auch nicht nur Israelinnen und Israelis, sondern alle Juden und Jüdinnen, ganz gleich wo sie leben. Ihr Leben ist mehr denn je in Gefahr.

Bedrohung jüdischen Lebens – überall

Auch wenn diese Einschätzung der Radikalität der aktuellen Bedrohung jüdischen Lebens nicht von allen gleichermaßen geteilt werden würde hat der Terrorangriff der Hamas in Deutschland schnell zu einer breiten Solidarisierungswelle geführt. Dabei ist man sich auf jeden Fall in der Verurteilung der Hamas einig. Niemand, der ernst genommen werden will, stellt sich auf deren Seite – abgesehen von islamistischen Gruppen, die sich allerdings in den Straßen lautstark bemerkbar machen und – spätestens nach dem Verbot der Hamas – Strafverfolgungen auf sich ziehen können. Politik und gesellschaftliche Eliten erklärten sich als geschockt und als an der Seite Israels stehend. Dem Land wurde unisono das Recht zur Selbstverteidigung – ja bisweilen die Pflicht dazu, um die eigenen Bürger und Bürgerinnen zu schützen – zugesprochen. Israels Sicherheit sei deutsche Staatsräson, wie es seinerzeit Angela Merkel in der Knesset erklärt hatte. Die besondere Verantwortung aufgrund der historischen Schuld Deutschlands kommt immer wieder zur Sprache.

Dabei ist vielen Protagonisten der Solidarität bewusst, dass es nicht nur um Israel geht, sondern um alle Jüdinnen und Juden in der Welt. Für sie alle war dieser kleine Staat im Nahen Osten der ultimative Fluchtpunkt ihrer Sicherheit. Es gab das letztlich beruhigende Gefühl, in einer Situation der Gefahr immer noch nach Israel fliehen und dort in Sicherheit leben zu können. Jeder Jude und jede Jüdin hat das Recht dazu. In eben dieser Hinsicht ist die Gründung des Staates Israel die Konsequenz aus der Erfahrung der Shoa. Nie wieder soll es zu einer Situation kommen, in der sich Jüdinnen und Juden nicht gegen ihre Vernichtung wehren könnten. Damit im Zusammenhang steht auch die hoch professionelle Aufstellung der israelischen Streitkräfte. Genau in dieser Hinsicht stellte nun allerdings der 7. Oktober eine schockierende Desillusionierung dar. Das größte Morden an Jüdinnen und Juden seit der Shoa fand in eben diesem für sicher geglaubten Gebiet statt. Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, antwortete dementsprechend auf die Frage, ob sich Jüdinnen und Juden in Deutschland mit dem Gedanken trügen, auszuwandern, konsequent nüchtern: „Wo sollen wir denn hin?“ Nichts beschreibt besser ihr gegenwärtiges Lebensgefühl.

Denn gemeinsam mit dem Pogrom der Hamas und dem Einsetzen israelischer Verteidigungsmaßnahmen wurde in Deutschland ein Ausbruch antisemitischer Hetze von einem Ausmaß losgetreten, den niemand bis dato für möglich gehalten hatte. Von Beschimpfungen im Alltag, über Schmähungen und Drohungen, Beleidigungen in der Schule oder an der Universität bis hin zur massiven Verbreitung antisemitischer Parolen in den sozialen Netzwerken oder auch ganz offen auf Demonstrationen islamistischer und palästinensischer Couleur erscheint nun fast alles möglich zu sein. Zum Verlust der Sicherheitsvorstellung in Bezug auf Israel tritt mithin eine wachsende reale Unsicherheit in Deutschland. Kann man seine Kinder noch allein zur Schule oder zum Kindergarten gehen lassen? Soll man sich noch offen als Jüdin oder Jude zu erkennen geben? Wie begegnet man realen Bedrohungen im Alltag? Und vor allem: Kann ich meinem

Nachbarn noch trauen – auch dann wenn an meine Haustür der Davidstern geschmiert wurde? Wieweit trägt die Solidarität im Alltäglichen?

Nichtjüdischen Deutschen sind die hochgefahrenen Sicherheitsvorkehrungen für Synagogen und andere Treffpunkte von Jüdinnen und Juden oft peinlich: Es sei eine Schande, dass es so etwas brauche! Man schäme sich dafür. Die Rhetorik trifft. Aber es ändert nichts. Und auf der anderen Seite wird Solidarität vermisst. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine wurden Rathäuser in den Farben der ukrainischen Flagge angestrahlt, um die Verbundenheit zu zeigen. Nun gibt es sicherlich hin und wieder mal eine israelische Flagge und natürlich starke Worte der Politikerinnen und Politiker und anderer Mitglieder der gesellschaftlichen Elite. Das ist auch gut so. Insgesamt mangelt es aber deutlich an Zeichen der Empathie. Es gibt in Deutschland im Blick auf Jüdinnen und Juden und auf Israel ein „Empathiedefizit“.

Mangelndes Mitgefühl

Dass dem so ist, lässt sich klar an den Ergebnissen von Umfragen ablesen. Am prägnantesten äußert sich dazu Allensbach in der FAZ vom 23. November 2023. Zwar seien 76 Prozent der Deutschen über die Situation im Nahen Osten besorgt. Aber nur 35 Prozent billigen Israel das Recht zu, hart gegen die Hamas vorzugehen. 38 Prozent hingegen erwarten von Israel ein moderates Vorgehen, um die Zahl palästinensischer Opfer gering zu halten, wobei es im Osten sogar 45 Prozent sind. In der öffentlichen Diskussion sieht das ganz anders aus. Allerdings, darauf weist die FAZ hin, unterstützten 2006 Israels Einmarsch in den Libanon gegen die Hisbollah nur 21 Prozent der Deutschen, während 53 Prozent dagegen waren. Auch ist generell die Haltung gegenüber Israel relativ freundlicher geworden. Nur noch 38 Prozent - statt 48 Prozent im Jahre 2006 - behaupten, Israel halte zu Unrecht Gebiete besetzt. 44 Prozent werfen allerdings Israel vor, es tue zu wenig, um die Lage der Palästinenserinnen und Palästinenser zu verbessern.

Aber was das Generelle anbetrifft, so vertreten nur 34 Prozent der Deutschen (21 Prozent der Ostdeutschen) die Überzeugung, ihr Land hätte eine besondere Verantwortung für Israel. Die Mehrheit teilt folglich nicht die Meinung der Regierung und der Eliten. Dass Deutschlands Platz im aktuellen Konflikt mithin an der Seite Israels sei, wie es der Bundeskanzler vertritt, sehen nur 31 Prozent der Deutschen so, während 43 Prozent der Meinung sind, man solle sich besser raushalten (18 Prozent zu 58 Prozent der Ostdeutschen). Militärische Unterstützung gar wird abgelehnt (nur 9 Prozent dafür). Immerhin sehen 45 Prozent der Deutschen ein Problem im wachsenden Antisemitismus seit dem 7. Oktober, so dass knapp die Hälfte der Bevölkerung den Antisemitismus für ein großes Problem hält (im Osten jeder Dritte). 44 Prozent sind zudem der Meinung, dass Pro-Hamas-Demonstrationen verboten werden sollten – aber 41 Prozent halten das Recht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit für gewichtiger. Überflüssig zu erwähnen, dass es stets „höhere soziale Schichten“ sind, die klarer pro Israel und gegen Antisemitismus optieren.

Nun weisen diese Zahlen auch auf ein nicht geringes Solidaritätspotenzial hin, was sich möglicherweise sogar noch stärker als bisher mobilisieren ließe. Eine wirkliche Massenbewegung zugunsten der Jüdinnen und Juden ist jedoch nicht zu erkennen und sie zeigt sich ja auch nicht. Die Gründe hierfür liegen aus meiner Sicht, die ich allerdings nicht durch Umfrageergebnisse belegen kann, darin, dass auch unter denen, die sich in solchen Umfragen als Israel – solidarisch und damit sozusagen der „offiziellen Linie“ folgend, äußern, häufig eine gewisse Relativierung vertreten wird. Zwar stünde man an der Seite Israels und natürlich würde man das Pogrom der Hamas verurteilen, aber man müsse auch sehen, dass Israel durch seine Politik gegenüber den Palästinensern auch eine Mitschuld daran trüge. Das wird mal deutlicher, mal weniger deutlich artikuliert und trägt zuweilen Züge einer durchaus plausiblen Kritik an Aspekten der Politik Israels – gleitet aber nicht selten auch in israelbezogenen Antisemitismus ab, wenn nicht mehr deutlich zwischen Täter (Hamas) und

Opfer (israelische Zivilbevölkerung) unterschieden wird. Auf jeden Fall aber führt eine solche „Ja – aber“ Haltung dazu, sich selbst aus dem Konflikt herauszunehmen, sich zurückzulehnen und abzuwarten, wie sich alles entwickelt. Aktive Solidarität entsteht daraus nicht, selbst wenn man vehement den Terror der Hamas verurteilt. Was dann als allein sinnvoll erscheint sind Vermittlungsbemühungen Deutschlands, aber ausdrücklich keine Parteilichkeit.

Israelbezogener Antisemitismus

Es kommt noch eine weitere, empirisch gesicherte, Erkenntnis hinzu: die Tatsache, dass fast 20 Prozent der Deutschen es fertigbringen, die Politik Israels gegenüber den Palästinensern mit der Politik der Faschisten gegenüber den Juden gleichzusetzen. Genauer: Der Aussage „Israels Politik in Palästina ist genauso schlimm wie die Politik der Nazis im Zweiten Weltkrieg“ stimmten 2022 manifest 19,2 Prozent der Deutschen zu (2020: 30,3%) – im Osten 13,5 (2020: 34,4%) und im Westen 20,8 Prozent (2020: 29,3%). (Quelle: Leipziger Autoritarismus Studie 2022, S. 68). Die Behauptung, dass durch die israelische Politik Juden immer unsympathischer werden teilen 2022 12,8 Prozent der Deutschen. Und 10 Prozent teilen die These: „Auch andere Nationen mögen ihre Schattenseiten haben, aber die Verbrechen Israels wiegen am schwersten.“ Dem können auch migrantische Gruppen zustimmen, unter denen Muslime israelbezogenen Antisemitismus noch in weit größerem Ausmaß teilen. Das Feld der Sympathisanten solcher Aussagen, also derjenigen, die ihnen nicht widersprechen, wird weit größer sein.

In der „Mitte-Studie“ 2022 / 23 der Friedrich – Ebert- Stiftung (Andreas Zick, Beate Küpper, Nico Mokros (Hg): Die distanzierte Mitte. Bonn 2023) wird israelbezogener Antisemitismus noch schärfer mit dem Item erfasst: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“ Dem stimmen „voll und ganz“ und „eher“ 15,4 Prozent zu, während 24,2 Prozent mit „teils/ teils“ reagieren. 60,4 Prozent lehnen das Votum ab (S. 160ff). Die Studie

macht deutlich, dass „Judenfeindschaft eine eigenständige Dimension der Menschenfeindlichkeit“ sei und Vorurteile über den „typischen Juden“ (Rachsucht, Geldgier und Machtstreben) „reflexhaft“ mit der israelischen Politik in Verbindung gebracht werden (S. 157). Insgesamt hätte der Antisemitismus in 2022/23 mit einer manifesten Zustimmung von 5,7 Prozent und einem Graubereich von 15,3 Prozent (= 21%) (bei einer Ablehnung von 79 Prozent!) einen Höchstwert seit 2014 erreicht. Die Zahlen lagen bis 2020/21 bei um die 12 Prozent bzw. 88 Prozent. Deutlich ist zu erkennen, dass der nach dem 7. Oktober geradezu explodierende Antisemitismus nicht nur aus migrantischen und muslimischen Gruppen resultiert, wie politisch interessiert schnell behauptet wurde, sondern wesentlich breiter in der deutschen Bevölkerung insgesamt verankert ist. Allerdings bleibt die Ablehnung von Antisemitismus in der Bevölkerung hoch (4/5). Aber im Fall Israels liegt sie deutlich niedriger (3/5). Der israelbezogene Antisemitismus öffnet offensichtlich größere Spielräume des Menschenfeindlichen.

Anders als im Fall klassischer antijüdische Stereotypen oder Formen sekundärer Schuldabwehr, die ohne Probleme als Antisemitismus bezeichnet werden, ist die Legitimität des Begriffs „israelbezogener Antisemitismus“ allerdings in manchen Kreisen heftig umstritten. So wird Israel in postkolonialen Diskursen als typischer kolonialer Siedlerstaat gesehen, der – wie einst andere Kolonien und insbesondere Südafrika – ein Apartheidsregime gegenüber der autochthonen Bevölkerung entwickelt hätte. Insbesondere in Ländern des globalen Südens ist diese Sicht nicht selten herrschende Meinung und prägt die Diskurse – nicht zuletzt in den Debatten der UNO – mit Rückwirkungen auf Deutschland. Der palästinensische Kampf bekommt dann eine antiimperialistische Gloriette. Dass allerdings die mörderischen Angriffe der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung und ihre Nutzung des eigenen Volkes als Schutzschild gegenüber israelischen Angriffen als antikolonialer Befreiungskampf verstanden wird, erscheint mehr als absurd. Und ebenso kann nicht bestritten werden, dass Israel das Recht – und so-

gar die Pflicht – hat, sich gegen die Aggression der Hamas zu verteidigen.

Die Kritik an Maßnahmen der israelischen Regierung gegenüber Palästinensern z. B. im Westjordanland ist legitim und kann sogar notwendig sein. Sie findet auch in Israel selbst Resonanz. Sobald aber mit ihr die Infragestellung des Existenzrechts Israels und damit die auch nur angedeutete Zustimmung zu einer zweiten Shoa einhergeht („From the River to the Sea!“) kann es dafür keine Toleranz mehr geben. Dann handelt es sich um schlichten Antisemitismus übelster Art. Anfällig dafür sind leider auch internationale kirchliche Organisationen, wie z. B. der Weltkirchenrat.

Antisemitismus und Antimuslimismus

Wie geht es politisch weiter mit der Solidarität mit Israel und dem Kampf gegen Antisemitismus? Es wäre naiv, diese Fragen ohne die alles überwältigende Bedrohung durch den Vormarsch der Rechtsradikalen diskutieren zu wollen. Ihnen gelingt es zurzeit offensichtlich alle möglichen Konflikte zu instrumentalisieren und durch Formen der Täter – Opfer – Umkehr für sich auszunutzen. Entsprechend geschieht dies auch nach dem 7. Oktober, der zum einen dazu genutzt wird sich einmal mehr als von allen Anwendungen des Antisemitismus frei zu erklären und sich als größter Freund Israels zu gerieren. Zum anderen aber wird der Angriff der Hamas dazu benutzt zu suggerieren, dass eigentlich fast alle Migranten und Muslime Sympathisanten des Terrors seien und deswegen nicht würdig, in Deutschland leben zu dürfen. Die bekundete Ablehnung des Judenhasses durch die Rechten dient so nur dazu, den Hass auf Muslime zu befördern. Unter den Anhängern der AfD finden sich – interessanterweise gemeinsam mit der FDP – die meisten Vertreter antisemitischer Überzeugungen. Am wenigsten Zustimmung gibt es bei den Grünen (Mitte-Studie S. 74 f).

Tatsächlich ist die Zahl antimuslimischer Vorfälle seit dem 7. Oktober angestiegen und die Angst vor größeren Anschlägen aus dem rechtsradikalen Milieu wächst. Diese Entwicklung darf bei aller Klarheit, was die Solidarität

mit Israel anbetrifft, nicht aus dem Blick verloren werden. Dies wird oft gerade auch von Jüdinnen und Juden betont. Muslimfeindlichkeit hat eine tiefsitzende Tradition in Deutschland und muss gerade jetzt bekämpft werden. Es ist zu erinnern an den hervorragenden „Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit“ der Bundesregierung: „Muslimfeindlichkeit – eine deutsche Bilanz“ aus 2023, dessen Empfehlungen der Umsetzung harren. Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit treten nicht selten gemeinsam auf.

Was tun?

Wie aufgezeigt ist die allgemeine Situation von einer zwar „offiziell“ solidarischen, aber im Grunde eher neutralen bis indifferenten Haltung der Deutschen geprägt. Die Resonanz auf die mörderischen Ereignisse vom 7. Oktober ist oft, wenn überhaupt, sozusagen eine des Kopfes – aber viel weniger der Emotionen oder des Herzens. Das wird von Jüdinnen und Juden auch bitter vermerkt. In diese Haltung fließen wieder erwachte klassisch „rechte“ antisemitische und „linke“ israelkritische Stereotypen ein – aber insgesamt wird man keinesfalls von einem durchgreifenden Antisemitismus sprechen können. Umfassende Solidarität sehe allerdings anders aus. Distanz ist wohl das passende Wort.

Gerade deswegen gilt politisch:

Eindeutige Solidarität mit Israel. Im Vordergrund muss in der gegenwärtigen Situation die klare und durch nichts relativierte Solidarität mit Israel stehen. Es braucht weit mehr Zeichen der Solidarität im kulturellen, sozialen und politischen Bereich.

Nachhaltigere Aktivitäten gegen Antisemitismus. Verschärft werden müssen polizeiliche und juristische Mittel der Repression aller Formen des Antisemitismus. Ihr Auftreten muss sofort geahndet werden können. In der Zivilgesellschaft muss Mut zur Zivilcourage vermittelt werden. Es braucht in konkreten Fällen sofortige Intervention. Und schließlich müssen alle Formen der Prävention, zentral im Bildungsbereich (Kindergarten, Schule,

Ausbildung, Universität und Erwachsenenbildung) ausgebaut werden. Dabei gilt es auf jene Gruppen zu achten, die als besonders anfällig gelten können.

Gegen Antimuslimismus

Zum Kampf gegen Antimuslimismus liegen viele Empfehlungen vor. Entsprechende Maßnahmen dürfen jetzt nicht aus populistischen Gründen zurückgefahren werden. Auch für Muslime und Muslima braucht es Sicherheitsgarantien. Das beinhaltet allerdings die klare Forderung an sie, sich eindeutig vom terroristischen Islamismus zu distanzieren.

Gegen rechts

Letztlich sind all diese Vorhaben und Haltungen durch den Kampf gegen den wachsenden Rechtsradikalismus umrahmt. Sein Vordringen bedroht die freie Gesellschaftsordnung, ohne die es weder für Jüdinnen und Juden noch für Muslime noch für überhaupt jemanden Sicherheit geben kann. Auch, wenn von dieser Seite momentan dauernd die größte Solidarität mit Israel proklamiert wird: darauf kann sich niemand auch nur ein kleines Stück weit verlassen! ■